

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Annahme einer Entschließung

Demokratie schützen: Berlin braucht eine Gesamtstrategie gegen Rechtsextremismus

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, angesichts des Erstarkens des Rechtsextremismus und der Zunahme rechter Straftaten eine Gesamtstrategie vorzulegen, die folgende Punkte beinhaltet:

Gefahren erkennen und Sicherheit gewährleisten

Der Senat muss mit Blick auf das Sicherheitsrisiko Rechtsextremismus polizeiliche Einsatzkonzepte erarbeiten und umsetzen, die neue Entwicklungen und Gefahren der Bedrohung durch Rechtsextreme berücksichtigen und auf den Schutz all jener zugeschnitten sind, die von Rechts als Feindbild angesehen und bedroht werden. Es braucht zudem eine verstärkte Kommunikation zwischen Sicherheitsbehörden und (möglichen) Betroffenen, um frühzeitig auf Bedrohungen hinzuweisen und präventive Maßnahmen ergreifen zu können. Auch die Gefährder*innenansprache durch den polizeilichen Staatsschutz ist ein wichtiger Bestandteil präventiver Sicherheitsmaßnahmen beim Einsatz gegen Rechtsextreme.

Politisches Engagement stärken

Kommunalpolitik und die vielfältige Zivilgesellschaft in den Bezirken prägen maßgeblich das Leben in unserer Stadt. Menschen, die aktiv dazu beitragen, die Kieze vor Ort demokratisch mitzugestalten, dürfen nicht durch Bedrohungen und Gewalt daran gehindert werden. Genau diese Menschen müssen in ihrem Engagement gestärkt werden, da sie durch ihre Beteiligung an Politik oder in lokalen Vereinen und Initiativen einen direkten Einfluss auf ihr Wohnumfeld nehmen. Ein lange gefordertes Demokratiefördergesetz für Berlin ist hierbei ein zentraler Baustein. Zivilgesellschaftliche Organisationen werden damit in ihrem täglichen Einsatz für die Demokratie unterstützt und finanziell abgesichert. Mit Blick auf die Zunahme rechter Gewalt gegen Amts- und Mandatsträger*innen, muss das Land Berlin ehrenamtliche Kommunalpolitiker*innen mit einer Rechtsschutzversicherung ausstatten, damit diese sich

auch juristisch gegen Attacken wehren können. Denn oft ist es eine Frage des Geldes, ob man sich Rechtsbeistand holt oder nicht.

Normalisierung menschenfeindlicher Positionen stoppen

Das Bewusstsein für den verantwortungsvollen politischen Umgang und die Achtung demokratischer Werte und der Menschenrechte müssen stets als Konsens jeder politischen Debatten feststehen. Daher ist entscheidend, dass im öffentlichen Diskurs keine Normalisierung rechtsextremer Positionen und Erzählungen stattfindet, die schlussendlich Gewaltanwendung bagatellisieren, legitimieren oder rechtfertigen können. Dabei geht es um die politische Kultur, aber auch den Umgang beispielsweise mit der AfD als parlamentarischer Arm und organisatorisches Zentrum des Rechtsextremismus in Berlin. Deren rassistische, antisemitische oder queerfeindliche Positionen und Narrative werden gestärkt, wenn demokratische Parteien ihre Themen oder Erzählungen aus politischem Kalkül übernehmen. Hier ist eine klare politische Abgrenzung notwendig.

Prävention ausbauen

Gewalt erstickt jede sachliche Debatte und untergräbt unsere demokratischen Werte. Daher muss der Senat im Rahmen einer Gesamtstrategie gegen Rechtsextremismus Maßnahmen ergreifen, um den Handlungsspielraum rechtsextremer Akteure in Berlin einzuschränken. Diese Gesamtstrategie muss gemeinsam mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft erarbeitet werden und einen Schwerpunkt auf Prävention legen. Das ist wichtig, um zu verstehen, weshalb Menschen sich Neonazis und Faschisten zuwenden und was sie besonders anfällig für rechtsextreme Ideologien macht. Neben der Präventionsarbeit, muss die Förderung von Ausstiegsberatungen und Programmen zur Deradikalisierung im Fokus stehen. In dem Zusammenhang braucht es über die einschlägigen Programme hinaus einen Ausbau der Angebote des „digitalen Streetworks“ mit spezialisiertem Fokus auf Rechtsextremismus. Projekte und Angebote, etwa Präventionsprogramme der Landeskommision gegen Gewalt und des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, müssen finanziell abgesichert werden, um insbesondere der zunehmenden Radikalisierung im Netz entgegenzuwirken.

Strafverfolgung intensivieren

Polizei und Justiz müssen in der Lage sein, rechte Straftaten schnell erkennen zu können, entsprechend einzuordnen und eine effektive Strafverfolgung – auch bei geringfügigen Straftaten – zu gewährleisten. Gleichzeitig müssen polizeiliche Maßnahmen transparent gegenüber Betroffenen rechter Straftaten kommuniziert werden, um Klarheit über die Handlungsoptionen der Polizei in verschiedenen Situationen zu schaffen. Die Staatsanwaltschaften müssen insbesondere zur Verfolgung politisch motivierter Kriminalität gestärkt werden, u.a. durch regelmäßige Fortbildungen zu aktuellen Entwicklungen im Phänomenbereich. Der polizeiliche Staatsschutz muss sicherstellen, dass Verfahren schnell und gleichzeitig gründlich bearbeitet werden, indem alle notwendigen und möglichen Ermittlungsschritte unmittelbar eingeleitet werden. Es braucht darüber hinaus eine polizeiliche Aufhellung der Strukturen der Neuen Rechten und weiterer rechtsextremer Strömungen in Berlin, um vor allem potentiell gewaltbereiten rechten Akteuren zuvorkommen zu können.

Hasskriminalität erfassen und konsequent verfolgen

Der Senat muss eine rasche polizeiliche Aufklärung und konsequente Strafverfolgung in Berlin gewährleisten, sowie eine passende Begleitung und Unterstützung für Betroffene von

rechten Übergriffen ermöglichen – auch durch entsprechende Beratungsangebote und Aufklärungskampagnen. Der Senat muss auf eine präzisere Erfassung von rechten Angriffen, gerade auch solche auf Amts- und Mandatsträger*innen, mit einer Weiterentwicklung und Präzisierung der Statistik für Politisch Motivierte Kriminalität hinwirken und ein eigenes Lagebild etablieren. Insbesondere muss die erhebliche Zunahme der „nicht zuordenbaren“ Delikte genauer erfasst werden, um sie künftig angemessen den extrem rechten und demokratiefeindlichen Milieus und Phänomenen der beteiligten Tatverdächtigen zuordnen zu können.

Digitale Gewalt bekämpfen

Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Die Verbreitung von menschenverachtenden Hasskommentaren und Hetze im digitalen Raum muss Konsequenzen haben. Denn dadurch wird eine Atmosphäre geschaffen, die zur Anwendung von Gewalt ermutigt. Deshalb ist es entscheidend, dass der Senat verstärkt gegen Hass im Netz vorgeht und Hatespeech-Beratungsstrukturen gestärkt werden. Darüber hinaus soll eine Berliner Meldestelle für digitale Gewalt eingerichtet werden. Die Meldestelle dient als ein Kompetenzzentrum für digitale Gewalt, das Meldungen entgegennimmt und die Kooperation der Strafverfolgungsbehörden koordiniert. Außerdem braucht es eine Online-Streife beim BKA, welche kurzfristig gebildet und durch Beamte*innen aus Bund und Ländern besetzt wird. Das Team soll im Netz nach strafbaren Inhalten suchen und die Löschung veranlassen.

Rechtsextreme entwaffnen

Vorgeschriebene Kontrollen müssen regelmäßig durchgeführt und die bereits geltenden waffenrechtlichen Bestimmungen konsequent angewendet werden. Das Waffenrecht auf Bundesebene muss endlich verschärft werden, die Versagung bzw. der Widerruf von Waffenerlaubnissen für Personen, die politisch motivierte Straftaten begangen haben, muss vereinfacht werden. Darauf muss der Senat über den Bundesrat hinwirken. Die Entwaffnung von Rechtsextremist*innen, Reichsbürger*innen und Verschwörungsideologen muss weiter konsequent vorangetrieben werden. Gleichzeitig gilt es, die Verfügbarkeit von illegalen Schusswaffen stärker in den Blick zu nehmen und gezielt gegen Waffenschmuggel und -handel insbesondere im rechtsextremen Umfeld vorzugehen.

Zivilgesellschaftliche Beratung sicherstellen

Betroffene rechter Straftaten müssen darauf vertrauen, dass jeder Sachverhalt ernst genommen wird, zeitnahe Ermittlungen gewährleistet werden und sekundäre Viktimisierung vermieden wird. Dazu gehört, dass Betroffene vollumfänglich informiert werden, wie sie Anfeindungen und Drohungen rechtssicher dokumentieren können. Damit sollen Betroffene darin bestärkt werden, jeden Übergriff ohne Zögern zur Anzeige zu bringen. Beratungsbedarfe gegen Rechtsextremismus und die Unterstützung von Betroffenen rechter Gewalt steigen angesichts des Erstarken des Rechtsextremismus. Dies bedeutet, dass die Förderung des Landes Berlin für Beratungsangebote und -projekte entsprechend dem Bedarf angepasst bzw. erhöht werden muss. Die vielfältige Projektlandschaft Berlins ist eine wichtige Ressource, die gerade mit Blick auf den jahrelangen Einsatz gegen Antisemitismus, Rassismus und weitere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nicht infrage gestellt werden darf.

Politische Bildung fördern

Demokratie- und Menschenrechtsbildung ist einerseits ein wichtiger Faktor der Prävention im Bereich des Rechtsextremismus, andererseits befähigt sie Menschen, sich politisch zu

engagieren. Es muss sichergestellt werden, dass junge Menschen auf ihrem Bildungsweg über demokratische Werte und den respektvollen Umgang miteinander aufgeklärt werden, auch im digitalen Raum. Die Vermittlung von Medienkompetenz spielt dabei eine Schlüsselrolle. Durch einen Ausbau der politischen Bildung und die Vermittlung von Medienkompetenzen für alle Altersklassen können Berliner*innen besser in die Lage versetzt werden, politische Inhalte zu bewerten und Desinformation zu erkennen. Hierbei ist die Stärkung der Landeszentrale für politische Bildung mit der Schärfung ihres Auftrags ein wichtiger Baustein für den Schutz der Demokratie.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. März 2025 zu berichten.

Begründung

Berlin hat ein massives Rechtsextremismusproblem. Neonazis demonstrieren ihre Gewaltbereitschaft bei öffentlichen Kampfsporttrainings in Parks und Sportanlagen, rechtsextreme Schlägertrupps machen Jagd auf politische Gegner*innen, so geschehen beim Überfall am Bahnhof Ostkreuz. Und sie späten demokratisch engagierte Menschen und Institutionen aus. Rechtsextremismus ist nicht nur die größte Bedrohung für Demokratie und Freiheit, sondern auch für das Leben und die körperliche Unversehrtheit vieler Berliner*innen. Denn Bedrohungen und Gewalt von Rechts nehmen kontinuierlich zu – das zeigen die Zahlen der Polizei, aber auch zivilgesellschaftliche Monitorings wie des Berliner Registers. Und die Dunkelziffer dürfte weit höher sein.

Darunter sind vermehrt Angriffe auf Menschen, die sich demokratisch engagieren, wie Politiker*innen, Wahlkämpfer*innen, aber auch Aktivist*innen oder Journalist*innen. Der Anstieg der Angriffe markiert eine neue Eskalationsstufe in einem immer rauer werdenden gesellschaftlichen Klima. Dabei kommt die Zunahme der Gewalt und die Verrohung der politischen Kultur nicht von Ungefähr. Sie ist das Ergebnis eines massiven gesellschaftlichen Rechtsrucks. Auf den öffentlichen Aufschrei nach vermehrten Angriffen, u.a. auf den SPD-Politiker Matthias Ecke, müssen jetzt Reaktionen folgen, die mehr als nur symbolischer Natur sind. Es braucht jetzt effektive Maßnahmen zum Schutz der Demokratie, eine Intensivierung der Verfolgung rechter Straftaten und eine Stärkung der Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rechts.

Rechtsextreme Akteure wie die AfD und ihre Verbündeten delegitimieren gezielt demokratische Werte, initiieren Hetzkampagnen und verbreiten Gewaltdarstellungen. Dass Öffentlichkeit und Strafverfolgungsbehörden solche Darstellungen zu häufig unwidersprochen hinnehmen, trägt zur Legitimierung von gewalttätigen Übergriffen und Straftaten bei. Genauso schädlich ist, dass bis tief in die Gesellschaft, auch aus den Reihen demokratischer Parteien, rechte Positionen und Narrative hingenommen oder gar befördert werden. Das normalisiert rechtsextreme Positionen und trägt zur Ermutigung und scheinbaren Legitimation rechter Gewalt bei.

Berlin, den 17. September 2024

Jarasch Graf Mirzaie
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen